

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 45 (1969-1970)
Heft: 6

Rubrik: Militärische Auslandsschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

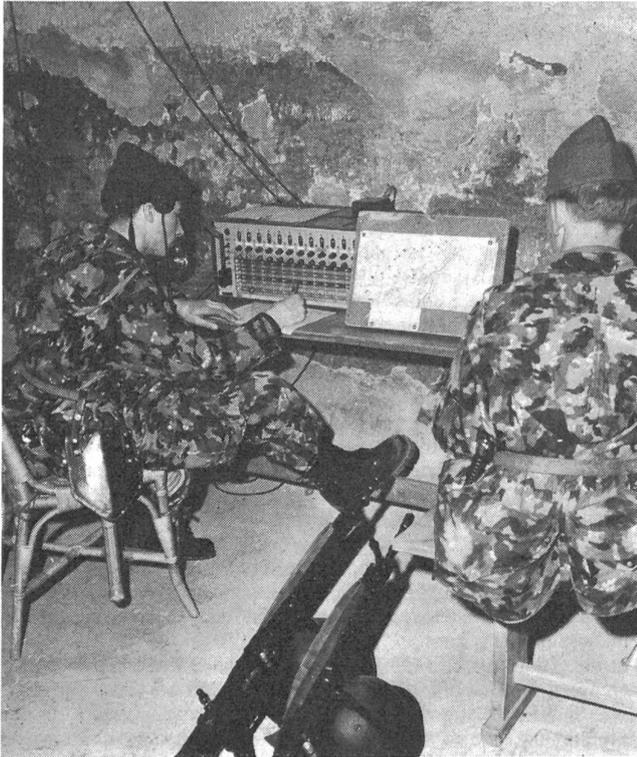
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



im feldmässigen Kabelbau errichtet werden; dieser Leitungsbau erfolgt entweder zu Fuss oder mittels Motorfahrzeugen. Beim Funk werden leichte Sende- und Empfangsgeräte eingesetzt, die, auf dem Rücken getragen oder auf Geländepersonenwagen transportiert, den Infanterieführern bis in die vordersten Linien zu folgen vermögen.

Nach wie vor, insbesondere natürlich in stationären Lagen, das heisst vor allem in der Verteidigung, bilden die Telefonverbin-

dungen die Grundlage aller Übermittlungsmittel der Infanterie. Sie haben den Vorteil, dass für den Gebrauch eines Telefons (abgesehen natürlich von Bau und Unterhalt) keine besondere Ausbildung nötig ist, dass besondere Tarnungsmassnahmen in der Regel nicht erforderlich sind, da die Abhorchgefahr gering ist, und dass in der Regel im Klartext Rede und Gegenrede geführt werden können. Die Nachteile des Telefons liegen in seiner Verwundbarkeit, so dass jederzeit mit Unterbrüchen gerechnet werden muss, sowie in seiner geringen Beweglichkeit in rasch wechselnden Lagen.

Umgekehrt hat der Funk den Vorzug hoher Beweglichkeit und rascher Funktionsbereitschaft. Er kann den Führer überallhin begleiten und ist auch im gegnerischen Feuer relativ wenig anfällig, da er mit Leichtigkeit in jede Deckung gebracht werden kann. Dagegen besteht beim Funk die Gefahr des Abhorens durch den Gegner, die zeitraubende Tarnungs- und Täuschungsmassnahmen notwendig macht. Auch die Gefahr der Feststellung von Funkgeräten mittels Peilung sowie die Möglichkeit der Störung und selbst der Einschaltung des Gegners in den eigenen Verkehr ist in Rechnung zu stellen.

Diese Eigenheiten der beiden Übermittlungsmittel machen eine bestimmte Aufgabenteilung nötig. Die Drahtverbindungen sind die Verbindungsmittel zwischen stationären Positionen, also vor allem zwischen fest eingerichteten Kommandoposten. Infolge der Verwundbarkeit des Telefons wird sein Netz mit Vorteil mit dem Funk überlagert, wobei jedoch der Funk erst benützt wird, wenn die Telefonverbindungen nicht mehr spielen. Der Funk dagegen ist die eigentliche Führerverbindung im Gefecht, die dann einzusetzen ist, wenn andere Verbindungsmittel nicht möglich oder zu langsam sind.

Das Abwägen des Einsatzes der beiden Mittel und ihre möglichst rationelle und zweckmässige Verwendung setzt nicht nur die volle Beherrschung der technischen Probleme auf allen Stufen, sondern auch eine enge Vertrautheit mit den taktischen Bedürfnissen des Gefechts voraus. Nur eine Übermittlungstruppe, die den Anforderungen der Technik wie auch der Taktik gerecht wird, erfüllt die hohe Aufgabe, welche ihr gestellt wird: den Kampfverband, zu dem sie gehört, nach Kräften zu unterstützen und ihm die im modernen Krieg bedeutsame Sorge um die Gewährleistung sicherer Verbindungen abzunehmen.

Text: Oberst H. R. Kurz, Bern

Bilder: M. Baumann, Bern

Nächster Beitrag: Die Panzertruppe

Militärische Auslandsschau

Die Tragödie von Biafra, der sich zusehends verstärkende Druck auf Israel und die wachsende Bedrohung Thailands, Kambodschas und Laos' zeigen, dass kleine Staaten, die unglücklicherweise den wirtschaftlichen oder politischen Interessen der Grossmächte im Wege liegen, auf eine Hilfe von ausserhalb nicht mehr hoffen dürfen. Allein schon ihre Existenz oder auch nur der Versuch, sich wie im Falle Biafras als selbständige Nation zu etablieren, wird als ein lästiges Hindernis betrachtet, das raschmöglichst zu liquidieren ist. Biafra ist nach zweieinhalbjährigem, verzweifeltem Kampf buchstäblich verhungert. England und Russland, die sich mit Waffenlieferungen an Lagos gegenseitig überboten haben, und im Schatten Russlands noch Ägypten und Algerien dürfen sich rühmen, in Nigeria wieder Ruhe und Ordnung hergestellt zu haben.

Zusehends gewinnt man den fatalen Eindruck, dass Moskau und Paris nicht unzufrieden wären, wenn auch der Staat Israel von der Weltkarte verschwinden würde. Um so heuchlerischer sind die in der Presse an die Adresse Jerusalems gerichteten Mahnungen zu werten, Israel laufe Gefahr, sich die Sympathie des Westens zu verschmerzen, falls es sich weiterhin so energisch der Angriffe seiner kriegslüsteren und revanchedurstigen Nachbarn erwehre. Ministerpräsidentin Golda Meir hat darauf mit einem Satz geantwortet, der den tapferen Israelis würdig ist: «Es ist besser, ohne Sympathie am Leben zu bleiben, als beklagt und tot zu sein.» Wahrhaftig, wenn es ums Überleben und um die Existenz eines Volkes geht, das schon mehrmals in seiner Geschichte der Ausrottung nahestand, spielt die Meinung der Welt keine Rolle mehr — und schon gar nicht jene der UNO mit ihrem nun auch mit Sklavenhändler- und Luftpiratenstaaten angereicherten Sicherheitsrat und ihrem unfähigen Generalsekretär; diese Organisation war mitschuldig am Ausbruch des Sechstageskrieges, und mitschuldig ist sie auch am biafranischen Drama. Die nachgaullistische Regierung Pompidou treibt im Hinblick auf den Nahen Osten eine Politik, die offensichtlich den Gefühlen der

überwältigenden Mehrheit des französischen Volkes diametral gegenübersteht. Es ist die Politik des Verrats an einem befreundeten Staat, der wie kein anderer auf Frankreichs Hilfe (gegen harte Bezahlung!) angewiesen war. Das einseitig verhängte Waffenembargo gegen Israel und die zuerst geleugneten und dann eingestandenen massiven Kriegsmateriallieferungen vorab an Libyen und den Irak, die sich aktiv am Kampf gegen die einzige Demokratie im Nahen Osten beteiligen, offenbaren Frankreichs imperialistische Politik, die sich brutal über alle Grundsätze von Treu und Glauben hinwegsetzt.

Die Welt ist von Nachrichten über amerikanische Massaker in Vietnam aufgeschreckt worden. Es scheint festzustehen, dass Einheiten der US-Armee sich der Exekution wehrloser Frauen, Männer und Kinder schuldig gemacht haben. Die bis jetzt vorliegenden Berichte haben die anti-amerikanische Stimmung in den westlichen Ländern wieder gewaltig angeheizt. Dabei wird geflissentlich vergessen, dass die amerikanischen Behörden die Untersuchungen tatkräftig und in aller Offenheit vorantreiben und gewillt sind, die Schuldigen mit der vollen Härte des Gesetzes zu bestrafen. Es gibt für derartige Grausamkeiten keine Entschuldigung, aber man hat zum Beispiel nie etwas erfahren, dass die kommunistischen Soldaten, die seinerzeit in Hué Tausende von Zivilisten abgeschlachtet haben, je einmal zur Verantwortung gezogen worden wären. Und auf Russland lastet immer noch der Makel von Katyn, wo kriegsgefangene polnische Offiziere kaltblütig ermordet wurden. Diese Untat wird — wie viele andere — vom Kreml heute noch geleugnet oder verschwiegen. Im Unterschied zu den Vorfällen in Vietnam sind die von den Russen verübten Massaker von der Regierung befohlen worden.

Während sich Moskau durch das Regime der Obersten in Griechenland keineswegs behindert fühlt, vorab seine wirtschaftlichen Interessen in Athen verstärkt wahrzunehmen, und sich auch nicht scheut, um Spaniens Freundschaft zu buhlen, was wohl demnächst in der gegenseitigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen kulminieren wird, hat sich das Verhältnis mit Maos China wieder rapid verschlechtert. Wohin die bedrohliche Entwicklung im Fernen Osten steuert, ist schwer abzuschätzen. Aber es mehrten sich die Stimmen, die besorgt darauf hinweisen, dass eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen diesen beiden gleichermassen menschenverachtenden Diktaturen unausweichlich werden könnte.

Die zurückliegenden ersten acht Wochen des neuen Jahres zeigten einmal mehr, wie sehr wir in einer Welt der Zwietracht und der latenten Kriegsbedrohung leben müssen, in einer Welt notabene, die mehr denn je des wahren und völkerverbindenden Friedens bedürfte. Aber noch immer ist die Waffe die «ultima ratio», wenn Streit unter den Völkern dieser Erde herrscht. Trotz Abrüstungsgesprächen und UNO-Tagungen werden weiterhin Milliarden und Milliarden investiert, um die Zerstörungsmittel noch wirksamer, noch fürchterlicher zu machen. Und das im Bewusstsein der Tatsache, dass Millionen Menschen das Aller-notwendigste zum Leben entbehren müssen.

Angesichts dieser düsteren Schau haben wir Schweizer alles Interesse daran, unsere Wehrkraft zu stärken und den inneren Frieden zu bewahren, um gelassen und vertrauensvoll in die Zukunft blicken zu können. Darüber hinaus aber obliegt uns die Pflicht, das für uns Mögliche zu tun, um in der Welt Not und Bedrängnis zu lindern.

Observer

Die Welt in Waffen

Nachfolgend und laufend in den kommenden Ausgaben unserer Zeitschrift veröffentlichen wir eine Übersicht der militärischen Kräfte aller europäischen Staaten, der USA und Kanadas und aller jener aussereuropäischen Länder, die entweder in Konflikte verwickelt sind oder im Spannungsfeld militärischer und politischer Bedrohungen liegen. Die Zahlen sind für 1969 vom Institut für strategische Studien in London errechnet und unter dem Titel «The Military Balance 1969—1970» in der amerikanischen Zeitschrift «Aerospace International» (November-Dezember 1969) publiziert worden. Mit dieser aktuellen Information hoffen wir unseren Lesern einen besonderen Dienst zu erweisen.

Redaktion

Folge 1:

Die Warschauer-Pakt-Mächte

(In den Folgen dieser Übersicht «Die Welt in Waffen» werden die finanziellen Aufwendungen aller Staaten in US-Dollars angegeben, wobei 1 \$ = sFr. 4.30 entspricht.)

Sowjetunion

Bevölkerung: 241 500 000. Dienstpflicht: Heer und Luftwaffe 2 Jahre, Marine und Grenztruppen 3 Jahre. Gesamtstärke der regulären Streitkräfte: über 4 000 000 Mann.

Nationaleinkommen 1968: 430 Milliarden \$ (geschätzt). Verteidigungsbudget 1969: 42,14 Milliarden \$.

Heer:

Gesamtstärke: 2 000 000 Mann. 90 mot S Div zu je 10 500 und je 150 mittl Pz, 50 Pz Div zu je 8500 und je 319 mittl und sch Pz, 7 Fsch Div zu je 7000 und je 45 sf Gesch.

Marine:

Gesamtstärke: 465 000 Mann, über 1500 Schiffe, davon ca. 380 U-Boote, etwa 1000 Flugzeuge und Helikopter. Das Marineinfanterie-Korps zählt 12 000 Mann.

Luftwaffe:

Gesamtstärke: 505 000 Mann. 9800 Flugzeuge der ersten Linie.

Strategische Streitkräfte:

Gesamtstärke ca. 330 000 Mann, ca. 1150 interkontinentale Lenk-waffen.

Luftverteidigung:

Gesamtstärke ca. 500 000 Mann. Flab-Artillerie, Boden-Luft-Lenk-waffen, 3400 Flugzeuge.

Polizei- und Grenztruppen:

Ca. 250 000 Mann.

Reserven:

Ca. 1,5 Millionen Mann der paramilitärischen Organisationen.

Bulgarien

Bevölkerung: 8 450 000. Dienstpflicht: Heer 2 Jahre, Marine und Luftwaffe 3 Jahre. Gesamtstärke der regulären Streitkräfte: 154 000 Mann.

Nationaleinkommen 1968: 8 Milliarden \$ (geschätzt).

Verteidigungsbudget 1969: 234 Millionen \$.

Heer:

Gesamtstärke 125 000 Mann. 4 Pz Div, 8 mot S Div, 2000 Pz, über 1000 Geschütze.